

Zeitung für die Stadt Spangenberg und Umgebung, Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzner

Zeleg. Abz.: Zeitung.  
Anzeigen werden die schlagspaltene 3mm hohe 1/2 (Zettl-) Zeile oder deren Raum mit **15 Pfg.** berechnet; auswärts **20 Pfg.** Bei Wiederholung entsprechend Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile **40 Pfg.** Verbindlichkeit für Wlog., Datenvordruckt und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmefähiger für Offerten und Auskunft beträgt **15 Pfg.** Zeitungsbilagen werden billigt berechnet. Zahlungen an Postfachkonto Frankfurt am Main Nr. 20771

Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzner

Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Donnerstag, den 24. August 1933

26. Jahrgang.

## Stärkung des Staatsfundaments durch Erweiterung des Bauernstandes

st. st. Was schon längst zu erwarten war, ist nun-  
mehr in Angriff genommen: die Neugestaltung Mitteleuro-  
pas der Zustand, wie er nach den tödtlichen Bestim-  
mungen von Versailles geschaffen wurde, nicht aufrechtzu-  
erhalten ist, wurde durch nichts mehr bewiesen, als durch  
die völlige Negation leitens der Westmächte gegenüber allen  
Verhandlungen, um den in Mitteleuropa geschaffenen Unfinn  
vermögen wieder gutzumachen. Mussolini hat eingegrif-  
fen. Seine Unternehmung mit dem österreichischen Bundes-  
rath Deßkuf in Riccione muß als Auftakt einer neuen  
Politik im herzen Europas aufgefaßt werden. Oesterreich  
ist Ungarn, schon längst wieder innerlich verbunden, müs-  
sen die erste Etappe eines Zusammenflusses der mitteleuro-  
päischen Staatengruppe bilden. Der Anschluß dieser Gruppe  
an das westeuropäische Deutschland muß folgen. Damit  
wird ein wirtschaftliches Gefundung ein weiter politischer  
Zusammengefallen, insbesondere, da Italien als Protektor die-  
ser neuen Gestaltung ohne weiteres sich diesem Verbande  
anschließen würde.

Nun braucht sich diese Neugestaltung nur einmal auf der Karte anzusehen, um die ganze Hilfslosigkeit der politischen Fiktion der Tschechoslowakei zu erkennen. Seit Bestehen dieses Staates mußte man über die Naturwidrigkeit seiner Bedingungen an Frankreich immer wieder den Kopf schütteln. Die ist nur zu erklären, daß die Führer dieses Staates wohl nie von Frankreich in den Sattel gehoben wurden. Die natürlichen Werkzeuge Frankreichs bleiben müßig, zum Schutze des Volkes in dem Tschechoslowakei genannten politischen Räume. Hier muß über kurz oder lang ein Wandel eintreten. Die Natur läßt sich auf die Dauer nicht ungenutzt lassen. Der Tscheche und der Slowake müssen sich wie der Engländer mit dem Deutschen verständigen, müssen heraus aus ihrer unnatürlichen Stellung als Feind mitten im deutschen Volkssferge. Daher dieser Gedanke im tschechischen Volke erwecken könne, daß die Kreaturen Frankreichs in den Annen des Bergs einmal von ihren Sesseln weggesegt werden könnten. Das ist die große Sorge Frankreichs. Das Ziel der französischen Politik war, das deutsche Oesterreich zu zerstören, es zu vernichten. Daher die großzügigen Propagandaorganisationen in Wien. Damit wäre Deutschland vom Südoften Europas abgeriegelt worden. Die französische Wall von der Ostsee bis zur Adria hatte die neuen Italien an seiner wirtschaftlichen Expansion nicht hindern können. Hier treffen sich die Interessen Deutschlands und Italiens und die Gegenläufe Frankreichs und

mit der neuen Politik im Mittelraum hebt die Ent-  
 standungsfunde für Tscheden und Polen an. Noch sucht  
 Frankreich durch seine Einzelpolitik in Oesterreich die stür-  
 rende Entloistung aufzuhalten. Auf die Dauer reißt aber  
 die Natur selbst die sinnlosen Scheidewauern nieder. Die  
 Trennung muß Tscheden und Polen dahin führen, wo ihnen  
 das wahre Leben blühen kann. Für Frankreich können sie  
 Tabakanten sein. Für Deutschland und Oesterreich  
 sind sie Freunde und Genossen. Eine Vereinigung des mitteleuro-  
 päischen Raumes kann Voraussetzung, kann aber auch Folge  
 der neuen Politik werden. Die Richtung dieser neuen  
 Politik können sie nicht mehr ändern. Sie ist naturgegeben.  
 Für Frankreich noch so sehr jammern, weil Mussolini ihm  
 die Dauer aus der Hand genommen und dem Völkerricht  
 Europas ein neues Ziel gezeigt hat, es hat ausgelieft.  
 Deutschland unter Führung Adolf Hitlers zu sich  
 seinen wahren Aufgaben zurückzuführen hat. Mit die-  
 sem Deutschland kann Mussolini, kann Italien hoffen, ge-  
 meinsam den Völkern Mitteleuropas den ewigen wahren  
 Frieden zu bringen, der auf natürlichen Grundlagen gegen-  
 seitiger Interessen aufgebaut ist.

Verfaßtes bedeutete für Frankreich die Erfüllung seiner politischen Erfordernisse. Alle Mienen waren hier dahin, daß sie zu gewollter Zeit sich gewissermaßen entzündeten sollten. Zudem hatte man den Völkern ein Mißvertrauen, am dem französischen Mientleger gegen die Freundschaften hatte man nicht gedacht, herorgeführt durch politischen Witterungswechsel. Die in Verfaßtes gesetzte Eingetie hatte keinen Bestand. Man sah mehr und mehr die Gefahren erkennen, die Frankreichs Hegemoniepläne sowohl für den Weltfrieden wie für die Entwicklungsmöglichkeiten des einzelnen Landes in sich bargen. Denn man konnte zwar willkürlich Grenzen verschieben, aber nicht die naturgegebenen wirtschaftlichen Zusammenhänge straflos auseinanderreißen.

entstand das mitteleuropäische Problem, dessen Lösung die unabweisbare Notwendigkeit in Versailles überleben — abschließend — worden ist, und das heute zwingend nach einer Klärung drängt. Dabei kann man nicht an der Vergangenheit vorbeigehen, daß die europäischen Menschen von großem Teil andere sind als jene von Versailles. Die Menschen haben andere Ansichten, andere Interessen, wenn sie durch Erfahrungen klug geworden sind.

Und Versailles mit der französischen Außenpolitik hat Erfahrungen sammeln lassen, die es gleichsam zwangsläufig mit sich bringen, daß man sich jetzt das mitteleuropäische Problem einmal von einer anderen als nur von der französischen Seite aus betrachtet.

Eine Rede des Vizekanzlers von Papen.

Bei der Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefes der westfälischen Stadt Dülmen hielt Biszefanger von Papen in der bis auf den letzten Bloß gefüllten Aula des Gymnasiums eine Rede. Er führte u. a. aus, daß er einen der schönsten Tage seines Lebens erlebe, nicht allein, weil ihm ein feistlicher Empfang zuteil geworden sei, hier schwinde etwas ganz anderes mit, das kein noch so frohes Fest, kein noch so feierlicher Empfang, kein noch so großes Aufgebot an Menschen für ihn herzustellen vermocht habe. Es sei die Rückkehr zu Blut und Boden, die Rückkehr eines Mannes, den die Vorliebe und das Schicksal bestimmt habe, etwas für sein Land tun zu dürfen, in die Heimat seiner Väter, in die Stadt und in die Gemeinde, die ihm die zweite Heimat geworden seien. Deshalb habe das Ehrenbürgerrecht, das ihm heute angetragen worden sei, für ihn eine viel größere Bedeutung, einen viel tieferen Inhalt, als andere Ehrungen gleicher Art.

Hier in Weßfalen sei er für den politischen Kampf geschult worden, in Weßfalen habe er jedes Verständnis für die notwendigen, harten Maßnahmen, die die Zeit erfordere, gefunden, für eiserne Sparsamkeit und für den köstlichen Gemeinfinn, der Führer und Gemeinde mit einem unzerreißbaren Band des Vertrauens umschließen.

Hier habe er verstanden gelernt, daß der Neubau des Deutschen Reiches von unten her, von der kleinsten Zelle, von der Gemeinde aus, einsteigen müsse und heute — da fühle er, daß etwas Neues vor ihm stehe. Es seien zwar dieselben Männer, die gleichen lieben Menschen, die ihn grüßten, aber es sei ein anderes Deutsch in den Augen. Alle hätten es innerlich erlebt und erleben es täglich neu, wie stark der innere Umbruch sei, in dem sich die ganze Nation befinde, seit der greise Feldmarschall den kanzler Adolf Hitler zur Führung berufen habe. Bewegten Herzens müßten wir es dem großen Soldaten, der wie ein ertasteter Block in die junge Zeit hineintrage, danken, daß er nach langen Kämpfen der Frontgeneration die Führung übergeben habe.

Denn damals sei jene Voraussetzung für die Wiedergeburt der Nation geschaffen, die Beseitigung des klassenkämpferischen Unheils unseres Volkes, die Einheit zwischen seelische Einheit, die die gesamte deutsche Nation umfasse und sie eigentlich erst befähige, die ihr gestellte große geschichtliche Aufgabe zu meistern.

Aber ein solcher innerer Ausbruch, eine solche Lösung von Formen und Ideen eines verflochtenen Jahrhundertbets sei eine zu komplizierte Angelegenheit, als daß sie von allen Zeitgenossen verstanden und gewürdigt werden könnte. Die junge Generation, die der hauptsächlichste Träger der neuen Zeit sei, müsse sich stets vor Augen halten, daß die Gnade, in einer großen Zeit zu leben und mitwirken zu dürfen am Neubau des Reiches, eine strenge Pflicht in sich schließe.

Bei der sodann folgenden Heberreichung der Urkunde über seine Ehrenmitgliedschaft im Stahlhelm der Bundesasiebung Westfalens erklärte der Bizekanzler, er sei stolz auf die Erhaltung der Wehrhaftigkeit auf ihre Fahne geschrieben hätten, an anderer ergab beileide fanden. Er nehme diese Urkunde um so lieber in Empfang, als der Stahlhelm heute Schulter an Schulter mit den Vorkämpfern der nationalen Revolution, der SA. und SS. stehe.

Nicht darum gehe es, wer mehr Rechte habe, sondern wer sich in Erfüllung der Pflichten auszeichne.

Stellung, Rang und Beziehungen, das alles trete zurück hinter der einen großen Pflicht dem Befehl und dem Sinn des Führers zu gehorchen und sich einzugliedern in die große Armee der Kämpfer um die Aufrichtung des Dritten Reiches.

Der Gemeinschaftsgebäude markiert

Königsberg, 24. August.

Der altpreussische Großgrundbesitz saßte in einer Sitzung in Königsberg folgenden Beschluß: „Die heute versammelten Vertreter des alleingekauften Grundbesitzes der Provinz, insbesondere die der Fideikomisse, die in alter Tradition in preussischer Pflichterfüllung ihren Königen mit Gut und Blut dienten, stehen sich lebhaft bewußt, daß dem Rettungswerk unseres Reichstanzlers Adolf Hisser

Nachdem die Neubildung des Bauernlums von der Reichsregierung begonnen, werden wir freudigen Herzens

nieren mitzuteilen und, ja, es an Land zu leihen, dieses, soweit es an uns liegt, zur Verfügung stellen. In Fortsetzung der Ueberlieferung wissen wir, daß Besitz verpfändet und nur der mit dem Boden verwachsene Ackerstand nach dem Wort unsres Kanzlers das Fundament des nationalsozialistischen Staates nach innen und außen sein wird. Für die Erweiterung des Bauernstandes kommen in erster Linie neben den nachgeborenen oftpreussischen Bauernjöhnen unsere alteingesessenen Landarbeiter, unsere treuesten und bewährtesten Mitarbeiter in Arica und Frieden, in Frage.

Unser Landesbauernführer Otto Rolanau wird gebeten, diesen unseren Willen dem Führer Adolf Hitler, dem Ministerpräsidenten Göring, dem Reichsernährungsminister Walther Darré, dem Reichsobmann für bäuerliche Selbstverwaltung, Meinberg, dem Reichszielungs-Kommissar Branzow und allen anderen zuständigen Stellen kundzutun."

Massenaufmarsch der Saardeutschen auf dem Niederwald.

Immer näher rückt der Tag, an dem das Volk an der Saar berufen werden soll, über seine staatsliche Zukunft zu bestimmen. Der geschlossene Wille des Volkes an der Saar, wieder vereinigt zu werden mit dem deutschen Vaterland, liegt klar aufaue.

Mit zu den Aufgaben des Bundes der Saarvereine gehört es, diesen festen deutschen Willen des Volkes an der Saar der Welt eindrucksvoll aufzuzeigen. Das war der Sinn der alljährlich veranstalteten großen Saartungebungen. In diesem Jahre soll anlässlich der 13. Tagung des Bundes der Saarvereine vom Niederwalddenkmal aus der Ruf erschallen: von dort, wo sich vom Saargebiet fommend, die Nahe mit dem deutschen Rhein vereinigt, wo die Germania zur Erinnerung an die einmütige Erhebung des deutschen Volkes und an die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 seit 50 Jahren in die gelegenen Lande des Rheins schaut. Das Protektorat über die Saartungebung hat der Herr Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg übernommen.

Tagung und Saarkundgebung am Rhein stehen erstmals unter dem Freiheitszeichen des neuen Deutschland. Die Tatsache, daß der Aufruf zu dieser Kundgebung im Saargebiet ein nie gekanntes Echo geweckt hat, ist wohl der beste Beweis für die innere Verbundenheit des deutschen Saarvolkes mit dem deutschen Mutterland und mit der zu deutscher Freiheit und deutschem Aufstieg entschlossenen Regierung Hitler. Man sieht es an der Saar, daß mit dem neuen Deutschland eine neue Zeit angebrochen ist, die auch dem Gesicht des Saargebietes und des Saarvolkes neuen Impuls gibt. Wenn über 70 000 Saardeutsche bereits ihre Teilnahme an der Kundgebung angemeldet haben, dann bringen sie damit zum Ausdruck, daß sie nicht gewillt sind, sich ihre Willensmeinung von landfremden Machthabern oder landflüchtigen Volksverrätern vorschreiben zu lassen.

In der Arbeitstagung des Bundes der Saarvereine, welche am Sonnabend, den 26. August, in der Städtischen



Saar-Rundgebung am  
Niederwald Denkmal  
27. August 1933

Die Reichwehrtapelle des Saarfüren, wäh- rend der Saarländerung und sowie SA-Kapellen mitwirken werden. Am Sonntag, den 27. August, finden im Stadion in Bingen große Turn- und sportliche Veranstaltungen statt. Der großen Saarlandbe- bung am Niederradentfall. Der großen Saarlandbe- dung die Ansprache eines namhaften deutschen Führers eine ganz Volkes an der Saar wird das Treuebekenntnis der Saar- deutschen abgeben.

# Die Reichstags-Brandstiftung

## Briefwechsel des Oberreichsanwalts mit Branting und Romain Rolland

Von zuständiger Stelle wird ein Briefwechsel zwischen Rechtsanwalt Branting, dem Schriftsteller Romain Rolland und dem Oberreichsanwalt in Sachen Reichstagsbrandstiftung veröffentlicht. Der wesentliche Inhalt der umfangreichen Schreiben ist folgender:

Der schwedische Rechtsanwalt Branting erwidert auf das an ihn gerichtete Schreiben des Oberreichsanwalts vom 10. August u. a., es habe sich in der Tat ein Untersuchungsantrag zur Aufklärung des Reichstagsbrandes gebildet, dem außer ihm Juristen Englands, Frankreichs, Amerikas, Dänemarks, der Schweiz, Hollands, Belgiens und Italiens (Mitti) angehören.

Bei dem Sekretariat dieses Ausschusses befindet sich „reiches Material in Sachen der Reichstagsbrandstiftung“, das in den Sitzungen des Untersuchungsausschusses behandelt werden würde. Er glaube, aus dem Brief des Oberreichsanwalts schließen zu können, daß der Oberreichsanwalt der Meinung sei, daß in seinen Händen befindliche Beweismaterialien „nicht ausreichend“. Daraus erkläre Branting sich den „außerordentlichen Schritt des Oberreichsanwalts“, daß eine Anklagebehörde nach Abschluß der Voruntersuchung und sogar noch nach Fertigstellung der Anklageschrift, wegen weiteren Beweismaterials bei Personen anfrage, „die nicht direkt am Prozeß beteiligt seien“.

Branting schreibt weiter: Selbstverständlich müsse man das größte Gewicht darauf legen, daß alles Material, das zur Ermittlung der Wahrheit dienen könnte, dem Reichsgericht vorgelegt werde. Aber er, Branting, halte es auch für selbstverständlich, das Material, das zur Verteidigung der Angeklagten diene, namentlich nach dem Anklageschrift abgegeben und dem Gericht übergeben sei, nicht durch die Anklagebehörde sondern durch die Verteidiger dem Gericht vorgelegt werde. Er zweifle nicht daran, daß der Untersuchungsausschuß das gesamte Material den Verteidigern sofort zur Verfügung stellen werde, falls genügende Voraussetzungen für eine freie und unabhängige Verteidigung der Angeklagten gegeben seien.

### Brantings Forderungen

- Als solche Voraussetzungen lehre er in diesem Falle an:
1. Freie Wahl der Verteidiger durch die Angeklagten.
  2. Zulassung der von den Angeklagten bestellten ausländischen Verteidiger.
  3. Unbeschränkte Einsicht der Akten durch die Verteidiger und Überlassung der Anklageschrift an die von den Angeklagten bestellten ausländischen Verteidiger.
  4. Volles Recht der Angeklagten zur Aussprache mit ihren Verteidigern ohne Anwesenheit Dritter.
  5. Öffentlichkeit der Verhandlungen des Gerichtes während der ganzen Dauer des Prozesses.
  6. Menschenwürdige Behandlung der Angeklagten, so daß sie körperlich und geistig inmitten sind, ihre Verteidigung vor Gericht zu führen.
  7. Freies Geleit und Sicherheit des Lebens für die von der Verteidigung oder vom Untersuchungsausschuß benannten Zeugen sowie Gelegenheit zur ungehinderten Aussage.
  8. Sicherheit des Lebens für die Verteidiger und Sicherheit der ungehinderten Möglichkeit zur Verteidigung durch sie.
  9. Ladung der von der Verteidigung Benannten oder noch zu benennenden Zeugen.
  10. Genehmigung der uneingeschränkten Aussagen für die Zeugen, soweit sie sich im Dienste des Deutschen Reiches oder eines deutschen Staates befinden oder befanden.

### Die Antwort des Oberreichsanwalts

Auf dieses Schreiben des Rechtsanwalts Branting hat der Oberreichsanwalt eine Antwort erteilt in der er einleitet die von Branting zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß der Oberreichsanwalt das gegen die Angeklagten vorliegende Beweismaterial selbst nicht für ausreichend halte, als fehlgehend bezeichnet.

Der Oberreichsanwalt habe nicht erwartet, daß er Material zur weiteren Befragung der von ihm verfolgten Personen erhalten werde. Er sei vielmehr von dem von allen deut-

lichen Staatsanwaltschaften von jeher als vornehmte und empfindenen Bestreben ausgegangen, möglichst restlos alle für die Beurteilung der Schuldfrage bedeutende Tatsachen, also auch die etwa zur Entlastung dienenden Momente dem Gericht zur Kenntnis zu bringen.

Zu der Erklärung Brantings, daß Branting es für richtig halte, das Material dem Gericht nicht durch die Anklagebehörde sondern durch die Verteidigung vorzulegen, bemerkt der Oberreichsanwalt, daß der Weg, auf dem das Material dem Reichsgericht zugänglich gemacht werde, für ihn von untergeordneter Bedeutung sei.

Zum weiteren Inhalt des Schreibens Brantings bemerkt der Oberreichsanwalt u. a.:

1. Dem Angeklagten stehe die freie Wahl des Verteidigers aus der Zahl der bei einem deutschen Gericht zugelassenen Rechtsanwälte sowie der Rechtslehrer an deutschen Hochschulen frei.

2. Die Zulassung ausländischer Verteidiger unterliege nicht dem Besinden des Oberreichsanwalts, sondern sei von der Genehmigung des Gerichts abhängig. Ausländische Verteidiger könnten nach gesetzlicher Vorfrist nur in Gemeinschaft mit einem deutschen Verteidiger zugelassen werden. Das Einverständnis des deutschen Verteidigers, die Verteidigung gemeinschaftlich mit einem ausländischen Verteidiger zu führen, sei Voraussetzung der Zulassung.

3. Der Verteidiger sei zur Einsicht in die dem Gericht vorliegenden Akten befugt.

4. Dem Verteidiger stehe das uneingeschränkte Recht der Aussprache mit dem Angeklagten ohne Gegenwart eines Dritten zu.

5. Die Hauptverhandlung vor Gericht sei grundsätzlich öffentlich. Dem Oberreichsanwalt seien keine Umstände bekannt, die ihm Anlaß geben könnten, seinerseits einen Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit zu stellen.

6. „Die Unterstellung der Möglichkeit, daß die Angeklagten in der Untersuchungshaft nicht „menschenwürdig“ behandelt werden, weise ich, als jeder Grundlage entbehrend, mit Nachdruck zurück.“

7. Sicherer Geleit könne nur einem abwesenden Beschuldigten hinsichtlich bestimmter strafbarer Handlungen erteilt werden.

8. „Befragungen für die Sicherheit des Lebens des Verteidigers oder der von der Kommission benannten Zeugen entbehren jeder Grundlage. Sie können nur erwachsen auf dem Boden unwahrer Tendenzmeldungen, wie sie aus unläuternden Gründen in einem Teil der Auslandspresse verbreitet werden. Ich bin indessen bereit, auch unbegründeten Befragungen dadurch Rechnung zu tragen, daß ich mich bei den zuständigen Polizeibehörden für einen etwa gewünschten befördernden polizeilichen Schutz einsehe.“

9. Die Entscheidung über die Ladung der von der Verteidigung benannten Zeugen stehe dem Gericht zu. Der Oberreichsanwalt werde für die Vernehmung aller Zeugen, die dienliche Aussagen machen könnten, mit Nachdruck eintreten.

10. Die Erteilung der Genehmigung an Beamte und frühere Beamte zur Aussage sei Sache der vorgelegten Dienstbehörde.

Der französische Schriftsteller Romain Rolland hat in einem Schreiben an den Oberreichsanwalt die Ausständigung des angeblich in Besitz des ausländischen Untersuchungsausschusses befindlichen Beweismaterials von denselben Bedingungen abhängig gemacht wie Rechtsanwalt Branting. Der Oberreichsanwalt hat darauf in seinem Antwortschreiben an Romain Rolland zu diesen Forderungen im gleichen Sinne Stellung genommen, wie in dem vorstehend wiedergegebenen Schreiben an Rechtsanwalt Branting.

### Hermes freigelassen

Berlin, 24. August. Wie das Geheimen Staatspolizeamt mitteilt, bestätigt sich die von einigen Blättern gebrachte Meldung, wonach der ehemalige Reichsminister Hermes auf freiem Fuß gesetzt worden ist.

# England baut seine Flotte aus

## Umfangreiches Neubauprogramm angesetzt

London, 24. August.

Der Marinemitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt, daß Vorschläge, die die einzige Alternative zu dem „Zusammenbruch Großbritanniens als Großflottenmacht“ darstellten, in Kürze von der Admiralität gemacht werden dürften. Nach Informationen des Marinemitarbeiters umfassen die Vorschläge der Admiralität folgende Punkte: 25 neue Kreuzer, die an Tonnengehalt und Bestückung den besten ausländischen Schiffen gleichkommen sollen; Neubau von jährlich 15 bis 18 Zerstörern; ein großes U-Boot-Programm; beträchtliche Vermehrung der Marinefliegerei; Erhöhung der Mannschafstärke um mindestens 10.000 Mann; beträchtliche größere Aufwendungen für Schiffsreibstoff, Uebungsmunition und Flottenmanöver.

Das vom „Daily Telegraph“ in großen Zügen angelegte neue englische Flottenbauprogramm ist angeblich dem immer noch bestehenden und nur bis zu Oktober vertagten Abrüstungskonferenz ein Ereignis von größter internationaler Bedeutung; an sich ist das Programm freilich keine Lebensfrage, da seit Jahren in England für die Wahrung der englischen Sicherheit zur See Propaganda gemacht wird und in den letzten Wochen die Pressemeldungen über den beabsichtigten Ausbau der amerikanischen und der japanischen Kriegsschiffe eine baldige englische Reaktion erwarten ließen. Es handelt sich bei dem englischen Bauprogramm, wie übrigens auch bei dem amerikanischen und japanischen Bauvorhaben, offenbar nicht um eine vollständige Aufrüstung, sondern zunächst nur um eine Ergänzung der Flotte innerhalb der Verträge von Washington und London.

Dagegen bedeutet es eine ausgesprochene Abkehr von dem Geiste der Abrüstungskonferenz, die im Zeichen des Abrüstungsflottes ins Leben getreten ist und außerdem als Grundlage ihrer Arbeiten den englischen Konventionen mit der Anregung angenommen hat, daß die Flottenrüstungen der Hauptseemächte in ihrem absoluten und ihrem relativen Stand so bleiben sollen, wie sie Ende 1932 waren.

Den für England wichtigsten Teil des neuen Bauprogramms bilden die 25 neuen Kreuzer, die als unerlässlich zur Aufrechterhaltung der englischen Seegeltung und zum Schutz gegen U-Boots-Angriffe betrachtet werden. Entsprechend den neuen Erfahrungen des Seekrieges sollen auch die Bestände an U-Booten und an Marineflugzeugen vermehrt werden. Die auf der Abrüstungskonferenz international immer noch zur Erörterung stehende Abwägung der einen oder anderen Kategorie dieser Kampfmittel ist also praktisch in negativem Sinne entschieden. Dabei steht nach wie vor die Revisionsklausel im Artikel 21 des Londoner Vertrages von 1930 im Hintergrund, wonach England oder ein anderer Unterzeichner dieses Vertrages zu einer Erhöhung des Tonnengehaltes seiner eigenen Flotte befugt ist, wenn während der Geltungsdauer des Vertrages die Erfordernisse seiner nationalen Sicherheit durch die Neubauten bestimmter Mächte wesentlich beeinträchtigt werden. Diese Bestimmung bezieht sich vor allem auf das englisch-französische Verhältnis, das bei dem englischen Verlangen nach Flottenvermehrung eine besondere Rolle spielt.

### Roosevelt für Rüstungskontrolle

Ueber eine Zusammenkunft zwischen dem amerikanischen Präsidenten Roosevelt und Norman Davis, die in Hyde Park stattfand, wird bekannt, daß Roosevelt dabei sein volles Einverständnis mit den allgemeinen Prinzipien der von Frankreich vorgeschlagenen Rüstungskontrolle — hervorgehoben habe. Der Vorschlag entspreche im wesentlichen seinen eigenen Ideen, wenn er auch von seinem Standpunkt gewisse Änderungen für wünschenswert halte.

Ferner soll Roosevelt mit aller Deutlichkeit klargestellt haben, daß er auch weiterhin auf dem Boden des MacDonald-Planes zur Abschaffung der Angriffswaffen stehe. Obwohl er bereit, an dem von Frankreich geforderten Konventionspakt teilzunehmen, Norman Davis soll sich über die Aussichten in Genf optimistisch geäußert haben. Seine Absicht nach Europa dürfte in ein bis zwei Wochen erfolgen.



Verleger: Verlagsanstalt durch Verlag Oskar Reiter, Werdau i. Sa. (3. Fortsetzung)

Sie lief heran und rüttelte ihn. „Papa...!“ schrie sie verzweifelt. Nun fiel sein Kopf vornüber und schlug auf den Tisch.

Entsetzen packte sie vor dem grauenhaften Eindruck. Sie lief so rasch sie konnte zur Nachbarin, der verwitweten Frau Sekretär Bernele.

Die Witwe Bernele hatte an diesem Abend Kränzchen, und ihre Kränzchenstewessen rüsteten eben zum Aufbruch, als es Sturm häutete.

Frau Bernele öffnete. „Ach, Frau Bernele!“ bat Toni unter Tränen, „kommen Sie doch einmal mit! Mein Vater! Ich glaube... ich glaube, er ist tot! Tot!“

Frau Bernele hörte das entsetzt. Sie eilte Toni nach, und nun stellten beide fest, daß Hardenberg tot sei. Toni schluchzte auf. Die alte Frau stürzte sie und streichelte ihre Wangen.

„Ganz still, Kind!“ sagte sie mütterlich. „Jetzt kommen Sie mit mir, wir wollen den Arzt anrufen. Da muß kein Sammern mehr.“

Toni folgte ihr apathisch. Frau Bernele setzte sie in das kleine Zimmer aufs Sofa. Schob ihre neugierigen Kränzchenstewessen ab und telefonierte nach dem Arzt.

Dr. Gräbner hat keine Untersuchung beantragt. Frau Bernele war ihm dabei beifällig gewesen.

Als er fertig ist, fragt er: „Wo ist Fräulein Hardenberg?“ „In meiner Wohnung, Herr Doktor!“

„Rufen Sie das Fräulein, bittet ich muß dringend mit ihm reden!“

Toni, die inzwischen ruhiger geworden ist, kommt langsam.

„Mein Beileid“, sagt der Arzt kurz, aber freundlich. „Harter Verlust, aber Sie müssen sich fassen. Haben Sie Ihren Vater tot aufgefunden?“

„Ja, Herr Doktor! Er lag mit furchtbaren Augen am Tisch! Grauenhaft! Ich es aus!“

Der Doktor blidt Toni nachdenklich an. Dann sagt er bestimmt: „Sie lassen alles so, wie es ist. Wenden gar nichts. Ich muß die Polizei benachrichtigen.“

„Die Polizei?“

„Ja! Hier ist ein Mord... oder Selbstmord geschehen. Ich nehme aber das erstere an. Ihr Vater ist mit Kanakoli vergiftet worden.“

„Um Gottes willen!“ stöhnt Toni auf und sinkt in einen Stuhl. Die Glieder verkrampfen ihren Dienst. Sie versteht das alles nicht, kann es nicht begreifen, daß es so ist, wie es so grauhaft scheint. Ihr ist unmute, als ob all das Graßliche vorinneren müßte, wie eine Nummer im Zirkus die andere abblüht.

Aber das Bild des Toten bleibt, bleibt qualvoll, unverrückbar stehen.

Der Arzt packt seine Instrumente ein und geht. Das Mädchen und die Frau halten es in dem Zimmer mit dem Toten nicht mehr aus, sie treten vor die Tür auf die Treppe. Im Hause ist es unruhig geworden. Man hat den Schrei des Mädchens gehört, hat den Arzt mit seinem Auto kommen sehen.

Türen klappern, hinter denen neugierige Menschen spannen.

Und die Aufregung steigt, als plötzlich vor dem Haus der Polizeiauto hält, und vier Herren, davon drei in Zivil, das Haus betreten.

Sie schreiten ruhig und langsam die Treppe hinauf. Endlich ist die Morbalkommission im dritten Stock.

Ein großer starker Mann, der mehr einem Tierarzt, weniger einem Polizisten ähnelt, klistet den Hut.

„Dr. Weibel! Die Kommission ist vom Präsidium hierher gerufen worden. Das ist doch richtig?“

Toni ist plötzlich ganz ruhig.

„Ja! Herr Doktor Gräbner hat sie benachrichtigt. Er sagte, mein Vater sei mit Kanakoli vergiftet worden.“

Dr. Weibel nickt ruhig. „So, Kanakoli! Sehr schmerzhaft. Fräulein Hardenberg! Tief schmerzlich! Wir werden tun, was wir können.“ Das andere verliert sich in seinem grauen Vokabular.

Sie betreten die Wohnung. Die Kommission beginnt sofort mit der Untersuchung. Der Polizeiarzt stellt den Tod einmündig fest. Todesursache: Kanakoli. Das Glas Wasser auf dem Tisch enthält noch Reste davon.

Der Polizeikommissar nimmt dann den Tatbestand auf. Dr. Gräbner ist inzwischen wieder zurückgekommen. Toni berichtet den Herren, wie sie ihren Vater entdeckt hat.

Ihre Aussage wird zu Protokoll genommen.

Dr. Gräbner sieht den Polizeiarzt an: „Scheinbar doch Selbstmord, Herr Kollege, was meinen Sie?“

Der Polizeiarzt auf die Achseln: „Schwer zu sagen. An der Leiche sind keinerlei Spuren von Gewalt sichtbar. Aber am Glas hier sind Fingerabdrücke. Die müssen erst untersucht werden.“

Man nimmt auch von dem Toten und von Toni Fingerabdrücke und vergleicht dann.

Die Fingerabdrücke am Glas sind es nicht.

Ein fremder Mensch muß das Glas in der Hand gehabt haben.

Der Oberinspektor wendet sich an Toni: „Haben Sie Bedienung, Fräulein Hardenberg?“

„Nein!“

„Auch nicht Stundenweise?“

„Nein!“

„Wer kann das Glas außer Ihnen und Ihrem Vater noch in die Hand bekommen haben?“

„Niemand! Seit mindestens vier Wochen ist niemand in uns gekommen. Ich habe dieses Glas mindestens jeden Tag einmal aufgewaschen.“

„Also... Mord!“

Die Männer nicken ernst.

„Welchen Beruf bekleidete Ihr Herr Vater, Fräulein?“

„Er war Schriftsteller.“

„Wie waren seine wirtschaftlichen Verhältnisse?“

„Nicht gut“, antwortet Toni mit einem bitteren Blick. „Ich habe immer Not im Hause gehabt. Meine Mutter starb vor sieben Jahren. Sie hat ihr Leben lang arbeiten müssen. Vater hat sich als Schriftsteller nicht durchsetzen können.“

„Hatte er Feinde?“

Toni zuckt die Achseln. „Nicht, daß ich wüßte. Aber ich weiß auch nichts aus seinem Leben außerhalb des Hauses.“

Er verbeugt sich vor vier jungen Menschen, aber ich kenne keinen einzigen von ihnen.“

„Wo waren Sie heute abend?“

„Am Rirkus Hollerbeck! Ich hatte durch meinen Vater eine Freizeitticket erhalten.“

„Wo?“

„Das deutet darauf hin, daß Herr Hardenberg allein kein wollte, weil er Besuch empfing. Das ist immer effant. Wir haben ja im Korridor die Schmutzpuren eines mittelgroßen Fußes gefunden, die bestimmt nicht dem Toten, noch viel weniger Ihnen gehört. Wir werden die Hausbewohner vernahmen müssen. Jetzt erzählen Sie bitte aber erst noch Näheres über Ihren Vater. Wie alt war er?“

„Achtundfünfzig Jahre!“

(Fortsetzung)

Evangelberg, den 24. August 1933.

## Ein wenig Freude bereiten

Unter Dasein wäre trüb und öde, wenn der Schöpfer uns nicht die Freude ins Herz gepflanzt hätte, die Freude an der Schönheit der Natur, die Freude am Leben selbst. Ein wenig Freude nur brauchen wir oft, um ein schwereres Los zu tragen, ein wenig Freude nur, die in uns aufblüht, um das Morgenrot nach einer schweren Winternacht, die uns Frost und Stürze zugleich sein will, wenn schweres Schicksal unsere Seele erdrückt. Und immer glimmt diese Flamme in uns, oft vielleicht nur als ein winziger Funke, der aber unter Sorgen und Schmerzen. Aber einmal überwiegt sie auf, und dann wird es ganz hell in uns, und unsere Augen leuchten, als brenne ein Feuer in unserem Innern, das heller und wärmer ist als die Sonne des Himmels. Und nicht nur die Freude, die in uns selbst glimmt, macht uns das Leben lebenswert. Viel wertvoller ist es noch die Freude, die wir anderen vermitteln. Wir helfen oft Menschen, die sich nicht mehr freuen können. Wir geben ihnen ein wenig von unserer Freude, ein ganz kleines wenig Freude, die wir mit uns teilen können. Und diese — der kleine Funke, der winzige kleine Funke dieser Freude — der Freude, die wir anderen vermitteln, ist ein starkes Feuer, das alle Sorgen verzehrt, das aus dem gebrochenen Menschen wieder einen wahren Menschen macht. Und das ist das, Freude zu spenden. So leicht, daß es eigentlich selbstverständlich sein müßte in einer Zeit, wo jeder Mensch der Freude am Dasein teilhaftig werden sollte, wo es seinen mehr geben sollte, dessen Seele einem erfallenden Kummer gleich, aus dem nimmermehr die Flamme der Freude am Leben zu loben scheint. Man braucht es ja nur zu wollen, man braucht nur den Bruder in jedem Menschen zu sehen, dann ist es leicht, ein wenig Freude zu spenden. Ein gutes Wort zur rechten Zeit, eine kleine Aufmunterung, die den anderen wissen läßt, daß man mit ihm fühlt, daß man sich mit ihm verbunden weiß — das ist Freude, und ohne Freude soll keiner sein unter uns.

**Δ Tonfilmtheater.** Am kommenden Sonntag beginnen im hiesigen Tonfilmtheater die Herbst- und Winterveranstaltungen. Geöffnet wird das Theater durch den Sensationsfilm *„P. 1.“* antwortet nicht, der noch heute die großen Theaters mit ungemeinem Erfolg durchläuft. Der nächste Großfilm der Erich Pommer-Produktion der *„P. 1.“* antwortet nicht, der in phantastischem Stil die Erfüllung eines technischen Zukunftsproblems zur Wirklichkeit werden läßt, ist in seiner Handlung gezogen von atemberaubendem Erleben. *„P. 1.“*, die erste Flugplattform der Welt, ist eine künstliche Insel, die nach ihrer Vollendung im Meer verankert in den Dienst des transoceanischen Flugverkehrs gestellt werden soll. Das tolle Werk hat seine Feinde und Gegner, die mit allem Mitteln seine Vernichtung anstreben. Getragen ist der Film von starker, dramatischer Spannung. Die Geister der Menschen, deren Schicksal aufs engste mit dem Schicksal der Erfindung verbunden ist, sind: Hans Albers, Sybille Schmitz und Paul Hartmann. Als besonderes Ereignis gilt die Zugabe der *„Ufa Wochenschau Nr. 139.“* Die ergebenden Stunden vom 1. Mai 1933.

**× SA. Marschiert nach Nürnberg.** Der Oberführer der SA-Brigade Heßler/Nassau-Nord erläßt einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem er bittet, den SA-Marschieren für die Fahrt nach Nürnberg Törnister und andere Ausrüstungsgegenstände leihweise zu überlassen. Es ist die Pflicht eines jeden Volksgenossen, hier durch einen kleinen persönlichen Dienst an der SA seine Dankeschuld zu erfüllen und recht vielen SA-Männern den Besuch des Reichstages zu ermöglichen. Die SA-Männer, die nach Nürnberg fahren, sind zum größten Teil alte Kämpfer, die schon seit Jahren ihr Leben und ihre Gesundheit für die Idee Adolf Hitlers und damit für den Aufstieg unseres Volkes und Vaterlandes eingesetzt haben. Es ist also nicht zuviel verlangt, wenn jeder seinen Törnister usw. einmal hervortramt und ihn an die zukünftige Stelle abgibt. Deshalb muß jeder der Aufforderung des Oberführers sofort nachkommen, denn der Nürnberger Parteitag steht vor der Tür.

**× Fernschreibverkehr auf Telegraphen- und Fernschreibleitungen.** Ein unmittelbarer telegraphischer Nachrichtenverkehr zwischen Privaten war bisher nur auf besonderen Fernschreibabteilungen möglich, die von der Deutschen Reichspost als Dauers- oder Stundenverbindungen bewilligt wurden. Von dieser Einrichtung konnten indes nur größere Unternehmungen mit besonders starkem Geschäftsvolumen Gebrauch machen. Die Deutsche Reichspost will aber die unüberwindlichen Vorurteile des unmittelbaren telegraphischen Nachrichtenverkehrs mit Hilfe einer wie eine persönliche Schreibmaschine wirkenden Fernschreibmaschine noch weiteren Kreisen nutzbar machen. Sie hat sich entschlossen, nicht nur einen besonderen Fernschreibvermittlungsdienst auf Telegraphenleitungen einzuführen, sondern auch auf Fernschreibleitungen den Fernschreibverkehr zuzulassen. Die Teilnehmer am Vermittlungsdienst auf Telegraphenleitungen (sog. Fernschreibleitungen), der zunächst zwischen Berlin und Hamburg eingerichtet wird, werden durch besondere Ausbildungen mit der Fernschreibvermittlung verbunden. Die Anlage erhält Selbsttätigkeitsrichtungen, so daß jeder Teilnehmer jeden anderen ohne Inanspruchnahme einer Mittelperson mit der Wählerleihe erreichen kann. Die Einrichtung und Innenleitungen bei den Teilnehmern betriebsfremden stellt die Deutsche Reichspost gegen Erstattung der Kosten her, die Beschaffung der Apparate und ihre Unterhaltung liegen dem Teilnehmer ob. An Gebühren werden erhoben monatlich 15 RM für die Betriebsstelle u. 0,50 RM für je 100 M. Anrufzeit, ferner eine Fernschreibgebühr von 1,80 RM für die Benutzungzeit bis zu 10 Minuten, für weitere je 2 Minuten 0,60 RM. In der Zeit von 19 bis 8 Uhr erniedrigt sich diese Gebühr auf zwei Drittel. Für den Fernschreibverkehr auf Fernschreibleitungen muß der Fernschreibanrufgeber außerdem eine Fernschreibmaschine im Zulagerort haben, daß die Telegraphenleitungen für die Übertragung auf Fernschreibleitungen

umformt. Der Anruf erfolgt wie beim Fernsprecher; die Teilnehmer können wahlweise auf Fernsprecher oder auf Fernschreibmaschine schalten. Bei der verlangten Sprechstelle wird, wenn der Teilnehmer nicht anwesend ist, die Schreibmaschine selbsttätig eingeschaltet und kommt wieder in Ruhe, wenn die Nachricht übermittelt ist. Die Gebühr für die Benutzung der Fernschreibleitungen zum Fernschreiben ist dieselbe wie die Gesprächsgebühr. Ein Nachrichtenaustausch mit Fernschreibern zwischen Teilnehmern des gleichen Ortsnetzes ist vorerst nicht zugelassen. Anträge auf Beteiligung an den beiden neuen Dienstleistungen sind an die Oberpostdirektion zu richten.

## Merlei Neuigkeiten

**200 000 RM-Gewinn gezogen.** Auf die Nummer 280 897 ist ein Gewinn von 200 000 RM gefallen. Das Los wird in der ersten Abteilung in Viertel- in Baden, in der zweiten Abteilung in Achtelabschnitten in Württemberg gelieft.

**Autounfall.** Auf einer Dienstreise nach Leipzig verunglückte in einer scharfen Kurve bei Wittenberg der Wagen des Abteilungsleiters für das Ausstellungswesen und Messwesen in der Obersten Leitung der PD, Jakob. Das Auto wurde aus der Kurve geschleudert, überschlug sich mehrere Male und wurde vollkommen zertrümmert. Vorbeikommende Kraftfahrer leisteten die erste Hilfe. Stabsleiter Jakob sowie der mitfahrende Geschäftsführer des Reichsausschusses für Ausstellungen und Messwesen, Ipeinig, und SS-Scharführer Böhlner kamen mit leichten Verletzungen davon.

**Berliner Kurgast ertrunken.** Im großen Segeberger See ertrank der in Bad Segeberg zur Kur weilende Bibliothekar Blum aus Berlin. Der Badewärter bemerkte das Fehlen des Badenden und benachrichtigte sofort die Polizei. Anzweihens hatten Knaben die Leiche bereits gefunden. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat Blum im Wasser einen Schlaganfall erlitten.

**Flughabendirektor unter Anklage.** Gegen den Flughafendirektor Hans Jochen von Arnim in Gleiwitz ist von der Staatsanwaltschaft Anklage wegen Untreue erhoben worden.

## Vertrauliche chinesisch-japanische Besprechungen

Die gesamte japanische Presse berichtet über vertrauliche Besprechungen zwischen dem japanischen Gesandten in China und dem Statthalter von Nordchina. Der Statthalter habe betont, die chinesische Politik und die chinesisch-japanische Zusammenarbeit stehe an einem Wendepunkt. An maßgebender Stelle in Tokio wird erklärt, die japanische Politik sei unabänderlich, welche Kritik daran auch von dritter Seite geübt werde. Japan müsse vorsichtig prüfen, ob die Absichten der chinesischen Regierung ernst seien und Dauerhaftigkeit verträgen.

## Ghandi wieder frei.

Ghandi ist, wie aus Puna gemeldet wird, am Mittwoch bedingungslos in Freiheit gesetzt worden.

**Schwere Blutkat eines Geisteskranken.** In Strehlen in Schlesien hat der Geisteskranke Richard Bläthke, der aus der Brieger Heil- und Pflegeanstalt entlassen worden war, in angetrunkenem Zustand seinen acht Jahre alten Sohn mit einer Axt erschlagen, die Wohnungseinrichtung mit Petroleum begossen und in Brand gesetzt. Der Täter erlitt Brandwunden an Kopf und Hals. Er wurde festgenommen und im Strehlener Krankenhaus untergebracht.

**Wirbelsturm und Hagelschlag in Südwiedlungarn.** Umwelt der ungarisch-jugoslawischen Grenze tobte in der Nacht ein furchtbarer Wirbelsturm, der die große Gemeinde Pacsa schwer heimsuchte. Die zwölf Meter hohe Kirchturnspitze wurde abgetragen. Das Turmdach stürzte auf das Pfarrhaus. Mehrere große Fichtenbäume im Pfarrhause wurden entwurzelt. Das Dach des Schulgebäudes wurde samt den Schornsteinen weggeschlagen. Kaum ein Haus in der Ortschaft blieb unbeschädigt. Gleichzeitig ging ein schwerer Hagelschlag nieder, der die Obst- und Traubenernte und die Maisausaat vernichtete. Das Unglück wurde durch einen starken Regen, der zwei Tage anbauerte, noch verschlimmert. Die dachlosen Häuser drohen einzustürzen.

**Britischer Postdampfer gestrandet.** Der britische Postdampfer „Mubera“ ist an einem breiten Riff der ostafrikanischen Küste gestrandet. Das Schiff war auf dem Wege nach England. Deutsche Dampfer, die sich in der Nähe aufhalten, werden wahrscheinlich die Passagiere an Bord nehmen.

**Schlafkrankheitsepidemie in Nordamerika.** Einer Meldung aus New York zufolge sind in St. Louis, Missouri, während der letzten 14 Tage 149 Personen von der Schlafkrankheit befallen worden. Es sind bereits 14 Todesfälle zu beklagen.

**Heuschreckeneplage in Natal.** „Daily Telegraph“ meldet aus Durban, daß ein großer 3 Meilen langer und 2 Meilen breiter Heuschreckenschwarm vom Zulu- und Zululand über den Tugela-Fluß nach Natal eingedrungen ist. Die Heuschrecken befinden sich 3 ft. im Zentrum der Zuckerplantagen 50 Meilen von Durban, haben aber bis jetzt nur geringen Schaden angerichtet. Die Regierung hat in die bedrohten Gebiete Beamte zur Bekämpfung der Plage entsandt.

## Politischer Mord?

Lauban (Schlesien), 24. August. Am Pulverbuch wurde der Bandagist Fritz Wenke ermordet aufgefunden. Die Leiche wies mehrere Bauchschüsse auf. Die Schüsse wurden von Straßenspassanten vernommen, die sofort an den Totort eilen und Wenke in sterbendem Zustande aufgefunden. Ueber die Täter ist bisher nichts Zuverlässiges festzustellen. Es wird vermutet, daß ein politischer Mord vorliegt.

## Vor Steuerereinnehmern oder Wölfen gelassen?

London, 24. August. Die „Times“ berichtet, ist vor kurzem ein Antrag in das östlich von Aleppo gelegene Gebiet gefandener Steuerereinnehmern, die in den dortigen 300 türkischen Dörfern rückständige Steuern einziehen sollten, unverrichteter Sache zurückgekehrt. Sie fanden die Dörfer völlig verlassen vor. Nur Wölfe streiften darin umher. Keinerlei Anzeichen deuteten darauf hin, wo die Bevölkerung geblieben sein könnte.

## Graf Zeppelin' besucht Weltausstellung

Rückkehr von der Nordatlantik.

Hamburg, 24. August.

Wie bereits gemeldet, wird Deutschland mit dem Luftschiff „Graf Zeppelin“ einen seiner erfolgreichsten Repräsentanten zur Weltausstellung nach Chicago entsenden. Die für den 14. Oktober von Friedrichshafen aus beginnende Fahrt des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ nach Rio de Janeiro wird auf der Rückreise über Nordamerika führen. Das Luftschiff wird von Rio de Janeiro am 19. Oktober über Pernambuco und Miami nach Acron fahren, wo es in der dortigen Luftschiffhalle mit Gas gefüllt werden soll. Von Acron aus wird voraussichtlich am 26. Oktober eine Fahrt nach Chicago ausgeführt. Bei günstiger Wetterlage ist eine kurze Zwischenlandung auf dem Gelände der Weltausstellung in Aussicht genommen. Voraussichtlich am 28. Oktober wird das Luftschiff von Acron aus seine Rückreise über Sevilla nach Friedrichshafen antreten, wo es am 31. Oktober zurückerwartet wird.

Auf allen Teilstrecken dieser Dreiecksfahrt Europa—Südamerika—Nordamerika—Europa werden Passagiere befördert. Die Schaffung einer Zeppelin-Sonderbriefmarke durch die amerikanische Postverwaltung für diesen Anlaß beweist, wie hoch der beabsichtigte „Zeppelin“-Besuch in den Vereinigten Staaten eingeschätzt wird.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Dienstag um 22.10 Uhr wohlbehalten in Pernambuco angekommen.

## Der Danzig polnische Hafenpakt

Noch keine Klärung der Einzelheiten.

Die zunächst in Warschau geführten Danzig-polnischen Verhandlungen über die Ausnutzung des Danziger Hafens werden am 28. August in Danzig fortgesetzt. Auf polnischer Seite wird immer wieder betont, daß die Verhandlungen „in ziemlich freundschaftlicher Weise“ vor sich gingen, daß man jedoch mit der „Möglichkeit unvorhergesehener Schwierigkeiten“ rechnen müsse.

In diesem Zusammenhang muß leider festgestellt werden, daß in der polnischen Presse gewisse Kommentare veröffentlicht worden sind, deren Inhalt als Belästigung der weiteren Verhandlungen empfunden werden muß. Das gilt vor allem für einen dieser Tage veröffentlichten Aufsatz des der polnischen Regierung nahestehenden „Kurjer Poranny“. Das Wort „Belästigung“ ist hier im Sinne von „Belästigung“ zu verstehen, die infolge der Bosheiten von Danziger Seite nach Gdingen gravitiert wieder umzufließen, zumal man den Handel und die Wirtschaft „nicht militärisch kommandieren“ könne.

Hierzu muß bemerkt werden, daß von polnischer Seite in diesem Zusammenhang mit auffälligem Nachdruck die privatkapitalistische Struktur Gdingens hervorgehoben wird — eine Auffassung, der die Tatsache gegenübersteht, daß bisher wenigstens der Aufbau und das wirtschaftliche Leben Gdingens fast ausschließlich vom polnischen Staate bestimmt worden ist.

Zum Schluß lehnt das polnische Organ ausdrücklich jede Kontingentierung der Transporte sowie die Verpflichtung, bestimmte Transporte über Danzig zu leiten, ja überhaupt jede Reglementierung des Handels und „Amputation“ Gdingens ausdrücklich ab.

Wenn diese Ausführungen der Auffassung der polnischen Regierung entsprächen, wären sie geeignet, die schwedischen Verhandlungen überhaupt gegenstandslos zu machen. Der Zweck der Verhandlungen ist die Durchführung des Paktess vom 5. August, in dem die polnische Regierung ausdrücklich zugesichert, daß sie „jeweils es in ihrer Macht liegt“, dem Danziger Hafen die „gleiche Beteiligung“ am fernwärtigen Verkehr sichern werde. Der „Kurjer Poranny“ gibt also zweifellos die Grundlage des Paktess vom 5. August preis, wenn er von vornherein jede Verkehrsregelung zwischen Danzig und Gdingen ablehnt.

Man kann im Interesse einer praktischen Auswertung der psychologisch nicht ohne Erfolg angebahnten Danzig-polnischen Verständigung nur hoffen, daß Gedankengänge, wie sie im „Kurjer Poranny“ ausgesprochen worden sind, von den Verhandlungen selbst ferngehalten werden.

## Neuer Angriff Litauens

Kündigung des Kirchenabkommens des Memelgebietes

Memel, 24. August.

Das am 31. Juli 1925 zwischen dem Direktorium des Memelgebietes einerseits und dem evangelischen Oberkirchenrat in Berlin für die evangelische Kirche der altpreußischen Union andererseits geschlossene Abkommen betreffend die evangelische Kirche des Memelgebietes ist jetzt von der litauischen Regierung als erfolglos bezeichnet worden, obwohl in dem Kirchenabkommen weder eine Kündigung noch eine Außerkraftsetzung vorgesehen ist.

In einem Schreiben des Gouverneurs an den Vorsitzenden des Konfessionsrats des Memelgebietes wird u. a. mitgeteilt: Der litauische Vertreter in Berlin sei beauftragt worden, dem Vorsitzenden des Evangelischen Oberkirchenrates der evangelischen Kirche der altpreußischen Union davon in Kenntnis zu setzen. Weiter wird der Vorsitzende ersucht, die erforderlichen Schritte zu tun, die Angelegenheit der evangelischen Kirche des Memelgebietes zu regeln, insbesondere in der Hinsicht, daß eine Mitwirkung von öffentlich-rechtlichen Körperlichkeiten oder Behörden, die sich außerhalb der litauischen Grenze befinden, nicht in Frage kommt.

Die litauische Regierung verlangt also von der evangelischen Kirche des Memelgebietes, daß sie die in dem Kirchenabkommen ausdrücklich festgelegte Verbindung mit Deutschland aufgibt. Dieses Ziel verfolgte schon 1924 das litauische Direktorium Gailius, mußte aber einen vollen Rückschlag antreten. Inzwischen ist schon der erste Schritt gegen Mitglieder der evangelischen Kirche erfolgt. Drei Mitglieder der Synode des Memelgebietes, Konfessionsrat Reides, Justizrat Hoffmann und Beisitzer Baltgeier ist vom Gouverneur das Bism für eine Reise nach Königsberg verweigert worden. Die drei Herren wollten an der ostpreussischen Provinzialsynode teilnehmen, wozu sie auch nach dem Kirchenabkommen berechtigt sind.

Unserem lieben Anton Schott zur Vollendung seines 60. Lebensjahres die

herzlichsten Glückwünsche

Seine St.-Patienten.

Wieder 130 000 Arbeitslose weniger.